

# ***NÖ Landeskorrespondenz***

## ***Landtag aktuell***

***7. Juli 2011***

# **Sitzung des NÖ Landtages**

## **Aktuelle Stunde**

Der Landtag von Niederösterreich trat heute in Anschluss an die Festsitzung „25 Jahre Landeshauptstadt“ unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema "**NEIN zum Aufsteigen mit zwei Nicht genügend**" abgehalten.

Abgeordneter Ing. Martin **H u b e r** (FP) kritisierte die Anzahl der Schulversuche und sprach von einem „permanenten Herum-Experimentieren“. Hiermit müsse Schluss sein, es müsse ein „Zurück zur Leistungsgesellschaft“ geben. Auch dürfe es kein Zwei-Klassen-System im Bildungsbereich geben und auch eine Abkehr von Parteipolitik im Schulwesen sei von Nöten. Daher sage seine Fraktion Nein zur Abschaffung des Sitzenbleibens, die Devise müsse „Sitzenbleiben verhindern!“ lauten.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) vertrat die Meinung, dass eine Inflation an Schulversuchen nicht zielführend sei, es aber an sich nicht schlecht sei, etwas verbessern zu wollen. Kritik müsse man in diesem Zusammenhang an der Kommunikation üben; die gesamte Oberstufen-Reform sei medial auf „Aufsteigen mit drei Nicht genügend“ reduziert worden. Es handle sich um eine kosmetische Maßnahme, die falsch kommuniziert worden sei. Die „Ehrenrunde“ mache keinen Sinn, man benötige eine gemeinsame Schule mit mehr Personal und kleinere Gruppen. Auch ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr sei zu befürworten.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) betonte die Ernsthaftigkeit der Thematik und kritisierte, dass die VP sich von ihrem früheren Bekenntnis zum Leistungsprinzip sowie zu Werten abgewandt habe.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) betonte, seiner Fraktion gehe es um Chancengerechtigkeit, Wettbewerbsfähigkeit sowie um die Gewährleistung der Zukunft junger Menschen. Er stimme zu, dass das Thema der Oberstufenreform medial nicht optimal transportiert worden sei. Die damit zusammenhängenden Studien müssten ernst genommen werden. PISA beispielsweise habe gezeigt, dass ein Großteil der SchülerInnen nicht sinnerfassend lesen könne - das seien „die Arbeitlosen von morgen“. Im Gegensatz dazu sei in Österreich die Gruppe der SpitzenschülerInnen relativ klein. Der FP warf Leichtfried vor, sich vor Beantragung der Aktuellen Stunde nicht tief genug „in die Materie hineingedacht“ zu haben. Die modulare Oberstufe sei eine seit Jahren erprobte Reform, teures Sitzenbleiben werde dadurch reduziert und es sei nicht von Leistungsfeindlichkeit zu sprechen. Er meinte, das jetzt zur Diskussion stehende Schulmodell sei nicht leistungsfeindlich, sondern bringe sogar eine Verschärfung gegenüber dem aktuellen System in den niederösterreichischen Bildungseinrichtungen. In Zukunft müsse jedes Modul positiv absolviert werden, um zur Matura zugelassen zu werden. Jeder Gegenstand habe seine Berechtigung und sei wichtig, um die Jugend an die Universität heranzuführen.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) betonte, die Oberstufenreform sei notwendig und seine Fraktion sage „Nein“ zu einer oberflächlichen, nicht in die Tiefe gehenden Veränderung im Bildungswesen. Bei der Oberstufe „Neu“ stehe der Leistungsgedanke im Zentrum aller Überlegungen und die Diskussion über die Schulreform dürfe nicht allein auf das Thema „Aufsteigen mit drei Nicht genügend“ reduziert werden. Bei der Oberstufenreform stünden Leistung, Fordern und Fördern im Mittelpunkt, gleichzeitig werde das Sitzenbleiben reduziert. Überdies habe jede Schule die Möglichkeit, selber Schwerpunkte zu setzen, wobei aber immer ein so genanntes Frühwarnsystem mit inkludiertem Förderunterricht vorgesehen sei.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sagte, in der Schule müsse man fürs Leben lernen. Es gebe keinen Beruf, wo man nicht von seinem Vorgesetzten beurteilt werde. Das geplante Aufsteigen mit zwei Nicht Genügend verschlechtere das niederösterreichische Schulsystem weiter. Besonders Benehmen, Ordnung, Disziplin und Leistung seien in der Schule notwendig.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2010** (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r , VP)

- **NÖ Gemeindeförderungsbericht** (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r, VP)
- **Bericht der Landesregierung über die Landesentwicklung sowie über die Tätigkeit der NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH 2010/2011** (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r, VP)
- **Bericht der Landesregierung betreffend Leasingverbindlichkeiten und Schuld-einlösungen (Sonderfinanzierungsmodell Forderungskauf) des Landes sowie Darlehensaufnahmen der verschiedenen Fonds 2010** (Berichterstatter: Abgeordneter Karl B a d e r, VP)
- **EU-Bericht 2010 - Bericht über die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes für das Jahr 2010** (Berichterstatter: Abgeordneter Karl B a d e r, VP)

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) betonte, der Rechnungsabschluss sehe einen Abgang von über 500 Millionen Euro vor, obwohl im Voranschlag nur 494 Millionen Euro prognostiziert wurden. Für die Zukunft werde es immer wichtiger, viel vorsichtiger zu budgetieren, als dies in der Vergangenheit passiert sei. Die geplanten Einsparungen in der Höhe von 86 Millionen Euro im Personalbereich bei den Kliniken und Pflegeheimen seien aber zu hinterfragen, da besonders in diesen Bereichen die Mitarbeiter bereits die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht hätten. Hingegen gebe es im Personalbereich beim Amt der NÖ Landesregierung einen Mehraufwand von einer Million Euro und die Landes-Landwirtschaftskammer erhalte einen Zuschuss von einer Million Euro. In Niederösterreich habe jeder Bürger eine Pro-Kopf-Verschuldung in der Höhe von 7.300 Euro zu tragen.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meinte, beim Rechnungsabschluss gehe es neben der Einhaltung der Planvorgaben um Haushaltsdisziplin und Höhe der Schulden. Dabei stelle sich auch die Frage, ob das Land Niederösterreich nur Grundsätze wie Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit ausreichend einhalte. Die Höhe der Förderung für die zeitgemäße Kunst sei nicht gerechtfertigt.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) meinte, die Abstimmung über die Landeshauptstadt in Niederösterreich vor über 25 Jahren sei eine demokratiepolitische Vorzeileistung gewesen und habe langfristig einen Entwicklungsschub für das gesamte Land gebracht. Mittlerweile seien 3 Milliarden Euro vom Land Niederösterreich in die Stadt St. Pölten investiert worden sowie 2,4 Milliarden Euro in die Regionen geflossen. St. Pölten sei eine Stadt mit guter Lebens- und Freizeitqualität sowie eine Bildungs- und Sozialstadt. Das Programm 2020 lege die weiteren ambitionierten Ziele fest.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) sagte, in Niederösterreich gebe es noch immer „Bürger und Regionen zweiter Klasse“. Dieses Ungleichgewicht werde auch durch Bedarfszuweisungen nicht ausgeglichen. Der Druck auf die Gemeinden führe zu steigendem „Gebührenwahnsinn“. Die Herstellung der Kostenwahrheit sei ein Willkürakt. Das Gießkannenprinzip helfe dort schon lange nicht mehr, wo echter Bedarf bestehe.

Abgeordneter Rene L o b n e r (VP) sprach zum Gemeindeförderbericht. Der Rechnungsabschluss 2010 weise hier insgesamt über 524 Millionen Euro aus. Das Land vollziehe damit einen Schulterchluss mit den Gemeinden. Niederösterreich habe seit dem Fall des Eisernen Vorhanges und dem EU-Beitritt eine absolut dynamische Entwicklung genommen. Das zeigten etwa der Zuwachs an Betriebsstandorten, die Neugründungen, die Kaufkraft, die Zahl der unselbstständig Beschäftigten und die sinkenden Arbeitslosenzahlen. Die Zeichen stünden gut, dass Niederösterreichs Forderungen auch für die Periode ab 2014 erfüllt würden.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, diesen Rechnungsabschluss abzulehnen, sei ein Gebot der Stunde. Der Landesbeteiligungsholdings-Bericht sei nach wie vor „indiskutabel“.

Dritter Präsident Alfredo R o s e n m a i e r (SP) betonte, bei der Landesentwicklung sei kein Stein auf dem anderen geblieben. Die ecoplus sei hier sehr erfolgreich unterwegs, die Bilanz könne sich mehr als sehen lassen. Bei der Landesbeteiligungsholding sei es Pflicht der Mandatare, ausreichend informiert zu sein. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit der Abgeordneten Krismer-Huber fordert eine umfassende Neugestaltung des entsprechenden Berichtes.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) meinte, die Belastungen für die Bürger durch das „EU-Nirwana“ seien bereits ins Unerträgliche gestiegen. Die heimischen Landwirte hätten die Zeche für die „Pleitegriechen“ zu zahlen.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) sagte, in Niederösterreich funktioniere die Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden im Großen und Ganzen sehr gut. Die Gemeinden seien der größte öffentliche Auftraggeber und ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor, ihre Investitionen seien aber weiter im Sinken. Umso wichtiger seien die Gemeindeförderungen. Er merkte an, dass größere Transparenz von Nöten sei und brachte gemeinsam mit der Abgeordneten Krismer-Huber einen **Resolutionsantrag** betreffend Neustrukturierung des NÖ Gemeindeförderungsberichts ein.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) kritisierte u. a. die fehlende Prüfung des Rechnungsabschlusses durch den Landesrechnungshof; eine solche sollte vom Landtag

verlangt werden, auch in den Gemeinden werde geprüft und das Kontrollorgan für den Rechnungsabschluss sei der Landesrechnungshof. Dazu brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Prüfung des Rechnungsabschlusses durch den Landesrechnungshof ein.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) hielt zum Förderbericht fest, dass Niederösterreich seine Hausaufgaben herausragend erledigt habe und hervorragende Europapolitik mache. Dafür, dass auch über die Förderperiode bis 2013 hinaus Fördermittel nach Niederösterreich fließen, würden sich sowohl Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll als auch EU-Abgeordnete Karin Kadenbach und EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn einsetzen. Abschließend sagte er, dass die SP im Zusammenhang mit dem Thema EU und Regionen in den kommenden Tagen einen geschäftsmäßigen Antrag einbringen werde.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) bezeichnete den Rechnungsabschluss 2010 als wichtige politische Entscheidungsgrundlage und Statusbericht, der einen Blick auf die aktuelle Situation im Land werfen lasse. Die aktuellen Zahlen ließen durchaus stolz auf Niederösterreich sein, beim Arbeitslosenrückgang liege Niederösterreich über den Bundesdurchschnitt und bei der Kaufkraft könne es die meisten Zugewinne verzeichnen. Niederösterreich habe immer noch ein AAA-Rating und stehe stabil und sicher da. Man habe sich durch schnelles und umsichtiges Handeln aus den Fesseln der Wirtschaftskrise befreit und in gewissen Bereichen während der Krise bewusst mehr Geld in die Hand genommen. Der Rechnungsabschluss sei der Beweis, dass Niederösterreich auf der Überholspur sei.

Der Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich wurde mit den Stimmen der VP mit Mehrheit angenommen, der dazugehörige Resolutionsantrag wurde abgelehnt. Der NÖ Gemeindeförderungsbericht 2010 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen, der dazugehörige Resolutionsantrag wurde abgelehnt. Der Bericht der Landesregierung über die Landesentwicklung sowie über die Tätigkeit der NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH 2010/2011 wurde mit Mehrheit zur Kenntnis genommen, der dazugehörige Resolutionsantrag wurde abgelehnt. Der Bericht der Landesregierung betreffend Leasingverbindlichkeiten und Schuldeinlösungen (Sonderfinanzierungsmodell Forderungskauf) des Landes sowie Darlehensaufnahmen der verschiedenen Fonds 2010 und der EU-Bericht 2010 - Bericht über die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes für das Jahr 2010 wurden mit Mehrheit zur Kenntnis genommen.

Abgeordnete Rene L o b n e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden gemäß Art. 15a B-VG**

## **über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2011).**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) hielt fest, dass ihre Fraktion dem Stabilitätspakt keine Zustimmung geben werde, da es sich hierbei um einen „viel zu engen Gürtel“ für die Gemeinden handle.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) meinte, dass der Kritik der Vorrednerin teilweise Recht zu geben sei, doch dass es auch Positives im Zusammenhang mit dem Stabilitätspakt gebe. Im Bezug auf den Belastungsstopp für Gemeinden bezeichnete er den Pflegefonds als ersten Schritt, weiters ging er hier auf die schulische Nachmittagsbetreuung ein.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) meinte, Schulden seien „verbrauchte Zukunft“, weshalb der Stabilitätspakt für Österreich einen besonderen Stellenwert habe. Es werde immer wichtiger zu sparen, damit in wirtschaftlich schwierigen Zeiten genügend Budgetspielraum zum Gegensteuern zur Verfügung stehe. Um den Wohlstand nachhaltig zu sichern, sei ein schärferer Stabilitätspakt notwendig. Im Rahmen des neuen Stabilitätspaktes hätten Bund und Länder den Gemeinden schriftlich versichert, dass keine zusätzlichen Aufgaben auf die Kommunen zukommen würden.

Der Antrag wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der Grünen angenommen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) berichtete zu Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **Verhinderung einer europäischen Transferunion**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sprach sich gegen eine „Transferunion“ auf europäischer Ebene aus. Niederösterreich als größtes Bundesland und seine Bürger würden für Griechenland mitzahlen müssen, weshalb sich auch der Landtag mit diesem Thema zu beschäftigen habe. Niederösterreich können sich den Euro-Rettungsschirm und die Rettungsaktionen für Griechenland, Portugal und Spanien nicht mehr leisten.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, simple Parolen würden in einer komplizierten Welt leicht großen Anklang in der Bevölkerung finden, weshalb eine sinnvolle politische Argumentation auch so schwierig sei. Hätten die USA nach 1945 Österreich nicht geholfen, wäre unser Land bzw. Europa aus diesem selbstverschuldeten Schaden nicht so schnell herausgekommen. Auch für Griechenland sei diese Solidarität nun notwendig, wobei sowohl besonders reiche Griechen als auch die breite Masse belastet werden müssen, um aus diesen Problemen heraus zu kommen. Zu dieser europäi-

schen Solidarität müsse Österreich „Ja“ sagen, denn Österreich könne einmal in eine schwierige Situation kommen und Hilfe benötigen.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) informierte über die Griechenland-Hilfe und die Folgen einer Staatspleite für Europa. Überdies werde Griechenland versuchen, den größten Teil der Hilfe zurückzuzahlen und die Kreditvergabe sei an strenge Kriterien gebunden worden.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) sagte, die Situation in Griechenland sei ernst und nicht einfach zu lösen. Es gebe aber eine gemeinsame Verantwortung aller europäischer Völker, den Euro stabil zu halten. Überdies werde eine eigene europäische Rating-Agentur und eine Stabilisierung der Finanzhaushalte immer notwendiger.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) meinte, die Grundidee der EU sei ein Friedensprojekt zu verwirklichen und nicht die gegenseitige Misswirtschaft auszugleichen. Die jetzige Hilfe stehe im Gegensatz zu den Maastricht-Kriterien.

Der auf Ablehnung lautende Ausschuss-Antrag wurde mit den Stimmen von Grünen, VP und SP angenommen.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2005 (NÖ EIWG 2005)**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) eröffnete die Debatte: Das Gesetz sei höchst umstritten. Es gehe einerseits um den Schutz der Privatsphäre, andererseits sei ein intelligentes Stromnetz ohne Endverbraucher nicht machbar. Ihre Fraktion werde – „mit Bauchweh“ – zustimmen.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) berichtete von den Zielen einer Festlegung von Mindestnormen für Verbraucher- und Umweltschutz. Zusätzlich werde auch der Zugang zum Elektrizitätsnetz für erneuerbare Energie ermöglicht. Nur, wenn Österreich wieder Nettoexportstromlieferant werde, sei komplett atomfreier Strom möglich.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) hielt fest, die Ansätze zur Gesetzesänderung seien zwar positiv, Energiearmut dürfe aber in Niederösterreich keinen Platz haben. Ein **Resolutionsantrag** fordert die Einführung von Sozialstromtarifen.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) betonte, man müsse den Stromverbrauch drastisch ändern. Energiesparen sei das Gebot der Zukunft. Darum gehe es auch im Elektrizitätswesengesetz, das zudem die Verbraucherrechte stärke. Die Novelle helfe überdies, erneuerbare Energie besser umzusetzen. Heute sei ein guter Tag für die Bürger, die Energieeffizienz und die erneuerbare Energie.

Bei der folgenden Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen, der Resolutionsantrag blieb in der Minderheit.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landesberufsschule Waldegg, Schülerheimneubau, Neubau von Klassen- und Servierräumen und Turnsaalneubau.**

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) eröffnete die Debatte: Wie die Untersuchungen gezeigt hätten, sei eine Generalsanierung der Landesberufsschule Waldegg nicht zweckmäßig, ein Neu- bzw. Umbau in drei Etappen daher zielführender.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) sagte, die Berufsschule habe einen hervorragenden Ruf. Gerade im Tourismusbereich gebe es aber einiges aufzuholen, wofür die beste Infrastruktur eine gute Investition sei.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) betonte, dass Niederösterreich gerade im berufsbildenden Bereich nicht mit Investitionen geize. Der heutige Beschluss mit Investitionen von 21 Millionen Euro sei eine weitere Sternstunde der Bildung in Niederösterreich. In ganz Niederösterreich werde in diesem Segment von den Pädagogen hervorragende Arbeit geleistet.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Findeis, Waldhäusl u. a. gem. § 34 LGO 2001 **betreffend Freiwilligentätigkeit.**

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G), brachte einen **Resolutionsantrag** ein, der über den ihrer Meinung nach „zu verwaschenen Antrag“ des Ausschusses zur Freiwilligentätigkeit hinausgehen soll.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) merkte an, dass die Freiwilligenorganisationen auch mit diversen Problemen zu kämpfen hätten und forderte u. a. die Aufstockung der Finanzmittel oder die Befreiung von Mineralölsteuer, GIS etc. Er kritisierte, dass der Freiwilligenfonds lediglich mit 200.000 Euro dotiert sei.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, dass dem Freiwilligenwesen heuer so große Aufmerksamkeit gewidmet werde. Er kritisierte, dass hinsichtlich steuerlicher Absetzbarkeit auf eine Steuerreform des Bundes gewartet werden solle und brachte in der Folge einen bereits vor längerer Zeit von der SP eingebrachten **Antrag** noch einmal ein.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) bezeichnete Niederösterreich als Land der Freiwilligen und sagte, dass es zwar viele Wünsche gebe, doch man sich auch fragen müsse, wer deren Realisierung bezahlen solle. Seine Fraktion werde hier nicht zustimmen.

Der Zusatzantrag wurde abgelehnt, bei einer getrennten Abstimmung wurde der Antrag mit Mehrheit angenommen. Der Resolutionsantrag der Grünen wurde abgelehnt.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **chemische Kastration von Sexualstraftätern**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte zu diesem Tagesordnungspunkt, dass es sich oftmals um Wiederholungstaten handle, eine Heilung unmöglich sei und die Krankheit der Täter behandelt werden müsse. Wenn ein Gericht einen Täter zu „Lebenslang“ verurteilt habe, müsse dessen Gefangenschaft auch bis zum Eintritt des natürlichen Todes währen. Abschließend meinte er, dass die chemische Kastration in vielen europäischen Staaten bereits eingeführt sei.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, dass seine Fraktion der österreichischen Justiz teilweise skeptisch gegenüberstehe, dass jedoch die Fachleute für diese Thematik nicht bei der FP zu sehen seien.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) sagte, dass Opferschutz auch Anliegen ihrer Partei sei, es sich hier jedoch um eine sehr schwierige Materie handle. Laut ExpertInnen könne Kastration nur das letzte Mittel sein. Das Strafausmaß für Sexualstraftäter bezeichnete sie als „etwas schief“, doch liege dies im Aufgabenbereich der Justizministerin. Ihre Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) betonte, dass seine Fraktion Vertrauen in die Strafrechtspflege sowie in die Diskussion auf Bundesebene habe. Auch bei der VP käme Opferschutz vor Täterschutz. Er merkte weiters an, dass es in diesem Zusammenhang bereits eine Verschärfung der Maßnahmen gegeben habe und jeglicher empirischer Nachweis fehle. Der auf Ablehnung lautende Antrag wurde angenommen.

Die beiden folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Gleichbehandlung von Schulen in freier Trägerschaft hinsichtlich der Abdeckung der Lehrergehaltskosten.**
- **Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über den Ausbau der ganztägigen Schulformen.**

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) zeigte sich froh über den gemeinsamen Antrag, die Gleichstellung der Schulen sei ein langgehegter Wunsch der Grünen. In den freien Schulen werde gute Arbeit geleistet und diese Schulen seien von viel Idealismus geprägt. Hier könnten Dinge ins Regelschulwesen bzw. in die öffentlichen Schulen übernommen werden. Kritik übte er an der momentanen Unterrichtsform und bezeichnete eine so genannte verschränkte Unterrichtsform als sinnvoller. Die Beschäftigung von FreizeitpädagogInnen könne nicht die Lösung sein, er trete für eine ganztägige Schulform anstatt für eine Nachmittagsbetreuung Neu ein.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) meinte, dass seine Fraktion kein Problem damit habe, der Regelung zuzustimmen und betonte, dass – vor allem im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – die ganztägigen Schulformen immer wichtiger würden.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) meinte, dass dieses Thema ihr stets ein Anliegen gewesen sei und sie dem Antrag auch persönlich beitreten werde.

**7. Juli 2011**

## **Sitzung des NÖ Landtages**

### **Aktuelle Stunde**

Der Landtag von Niederösterreich trat heute in Anschluss an die Festsitzung „25 Jahre Landeshauptstadt“ unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema "**NEIN zum Aufsteigen mit zwei Nicht genügend**" abgehalten.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) kritisierte die Anzahl der Schulversuche und sprach von einem „permanenten Herum-Experimentieren“. Hiermit müsse Schluss sein, es müsse ein „Zurück zur Leistungsgesellschaft“ geben. Auch dürfe es kein Zwei-Klassen-System im Bildungsbereich geben und auch eine Abkehr von Parteipolitik im Schulwesen sei von Nöten. Daher sage seine Fraktion Nein zur Abschaffung des Sitzenbleibens, die Devise müsse „Sitzenbleiben verhindern!“ lauten.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) vertrat die Meinung, dass eine Inflation an Schulversuchen nicht zielführend sei, es aber an sich nicht schlecht sei, etwas verbessern zu wollen. Kritik müsse man in diesem Zusammenhang an der Kommunikati-

on üben; die gesamte Oberstufen-Reform sei medial auf „Aufsteigen mit drei Nicht genügend“ reduziert worden. Es handle sich um eine kosmetische Maßnahme, die falsch kommuniziert worden sei. Die „Ehrenrunde“ mache keinen Sinn, man benötige eine gemeinsame Schule mit mehr Personal und kleinere Gruppen. Auch ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr sei zu befürworten.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) betonte die Ernsthaftigkeit der Thematik und kritisierte, dass die VP sich von ihrem früheren Bekenntnis zum Leistungsprinzip sowie zu Werten abgewandt habe.

Klubobmann Mag. Günther **L e i c h t f r i e d** (SP) betonte, seiner Fraktion gehe es um Chancengerechtigkeit, Wettbewerbsfähigkeit sowie um die Gewährleistung der Zukunft junger Menschen. Er stimme zu, dass das Thema der Oberstufenreform medial nicht optimal transportiert worden sei. Die damit zusammenhängenden Studien müssten ernst genommen werden. PISA beispielsweise habe gezeigt, dass ein Großteil der SchülerInnen nicht sinnerfassend lesen könne - das seien „die Arbeitlosen von morgen“. Im Gegensatz dazu sei in Österreich die Gruppe der SpitzenschülerInnen relativ klein. Der FP warf Leichtfried vor, sich vor Beantragung der Aktuellen Stunde nicht tief genug „in die Materie hineingedacht“ zu haben. Die modulare Oberstufe sei eine seit Jahren erprobte Reform, teures Sitzenbleiben werde dadurch reduziert und es sei nicht von Leistungsfeindlichkeit zu sprechen. Er meinte, das jetzt zur Diskussion stehende Schulmodell sei nicht leistungsfeindlich, sondern bringe sogar eine Verschärfung gegenüber dem aktuellen System in den niederösterreichischen Bildungseinrichtungen. In Zukunft müsse jedes Modul positiv absolviert werden, um zur Matura zugelassen zu werden. Jeder Gegenstand habe seine Berechtigung und sei wichtig, um die Jugend an die Universität heranzuführen.

Abgeordneter Karl **B a d e r** (VP) betonte, die Oberstufenreform sei notwendig und seine Fraktion sage „Nein“ zu einer oberflächlichen, nicht in die Tiefe gehenden Veränderung im Bildungswesen. Bei der Oberstufe „Neu“ stehe der Leistungsgedanke im Zentrum aller Überlegungen und die Diskussion über die Schulreform dürfe nicht allein auf das Thema „Aufsteigen mit drei Nicht genügend“ reduziert werden. Bei der Oberstufenreform stünden Leistung, Fordern und Fördern im Mittelpunkt, gleichzeitig werde das Sitzenbleiben reduziert. Überdies habe jede Schule die Möglichkeit, selber Schwerpunkte zu setzen, wobei aber immer ein so genanntes Frühwarnsystem mit inkludiertem Förderunterricht vorgesehen sei.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sagte, in der Schule müsse man fürs Leben lernen. Es gebe keinen Beruf, wo man nicht von seinem Vorgesetzten beurteilt werde. Das geplante Aufsteigen mit zwei Nicht Genügend verschlechtere das niederösterreichische Schulsystem weiter. Besonders Benehmen, Ordnung, Disziplin und Leistung seien in der Schule notwendig.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2010** (Berichtersteller: Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r , VP)
- **NÖ Gemeindeförderungsbericht** (Berichtersteller: Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r , VP)
- **Bericht der Landesregierung über die Landesentwicklung sowie über die Tätigkeit der NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH 2010/2011** (Berichtersteller: Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r , VP)
- **Bericht der Landesregierung betreffend Leasingverbindlichkeiten und Schuld-einlösungen (Sonderfinanzierungsmodell Forderungskauf) des Landes sowie Darlehensaufnahmen der verschiedenen Fonds 2010** (Berichtersteller: Abgeordneter Karl B a d e r , VP)
- **EU-Bericht 2010 - Bericht über die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes für das Jahr 2010** (Berichtersteller: Abgeordneter Karl B a d e r , VP)

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) betonte, der Rechnungsabschluss sehe einen Abgang von über 500 Millionen Euro vor, obwohl im Voranschlag nur 494 Millionen Euro prognostiziert wurden. Für die Zukunft werde es immer wichtiger, viel vorsichtiger zu budgetieren, als dies in der Vergangenheit passiert sei. Die geplanten Einsparungen in der Höhe von 86 Millionen Euro im Personalbereich bei den Kliniken und Pflegeheimen seien aber zu hinterfragen, da besonders in diesen Bereichen die Mitarbeiter bereits die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht hätten. Hingegen gebe es im Personalbereich beim Amt der NÖ Landesregierung einen Mehraufwand von einer Million Euro und die Landes-Landwirtschaftskammer erhalte einen Zuschuss von einer Million Euro. In Niederösterreich habe jeder Bürger eine Pro-Kopf-Verschuldung in der Höhe von 7.300 Euro zu tragen.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meinte, beim Rechnungsabschluss gehe es neben der Einhaltung der Planvorgaben um Haushaltsdisziplin und Höhe der Schulden. Dabei stelle sich auch die Frage, ob das Land Niederösterreich nur Grundsätze wie

Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit ausreichend einhalte. Die Höhe der Förderung für die zeitgemäße Kunst sei nicht gerechtfertigt.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) meinte, die Abstimmung über die Landeshauptstadt in Niederösterreich vor über 25 Jahren sei eine demokratiepolitische Vorzeileistung gewesen und habe langfristig einen Entwicklungsschub für das gesamte Land gebracht. Mittlerweile seien 3 Milliarden Euro vom Land Niederösterreich in die Stadt St. Pölten investiert worden sowie 2,4 Milliarden Euro in die Regionen geflossen. St. Pölten sei eine Stadt mit guter Lebens- und Freizeitqualität sowie eine Bildungs- und Sozialstadt. Das Programm 2020 lege die weiteren ambitionierten Ziele fest.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) sagte, in Niederösterreich gebe es noch immer „Bürger und Regionen zweiter Klasse“. Dieses Ungleichgewicht werde auch durch Bedarfszuweisungen nicht ausgeglichen. Der Druck auf die Gemeinden führe zu steigendem „Gebührenwahnsinn“. Die Herstellung der Kostenwahrheit sei ein Willkürakt. Das Gießkannenprinzip helfe dort schon lange nicht mehr, wo echter Bedarf bestehe.

Abgeordneter Rene L o b n e r (VP) sprach zum Gemeindeförderbericht. Der Rechnungsabschluss 2010 weise hier insgesamt über 524 Millionen Euro aus. Das Land vollziehe damit einen Schulterchluss mit den Gemeinden. Niederösterreich habe seit dem Fall des Eisernen Vorhanges und dem EU-Beitritt eine absolut dynamische Entwicklung genommen. Das zeigten etwa der Zuwachs an Betriebsstandorten, die Neugründungen, die Kaufkraft, die Zahl der unselbstständig Beschäftigten und die sinkenden Arbeitslosenzahlen. Die Zeichen stünden gut, dass Niederösterreichs Forderungen auch für die Periode ab 2014 erfüllt würden.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, diesen Rechnungsabschluss abzulehnen, sei ein Gebot der Stunde. Der Landesbeteiligungsholdings-Bericht sei nach wie vor „indiskutabel“.

Dritter Präsident Alfredo R o s e n m a i e r (SP) betonte, bei der Landesentwicklung sei kein Stein auf dem anderen geblieben. Die ecoplus sei hier sehr erfolgreich unterwegs, die Bilanz könne sich mehr als sehen lassen. Bei der Landesbeteiligungsholding sei es Pflicht der Mandatäre, ausreichend informiert zu sein. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit der Abgeordneten Krismer-Huber fordert eine umfassende Neugestaltung des entsprechenden Berichtes.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) meinte, die Belastungen für die Bürger durch das „EU-Nirwana“ seien bereits ins Unerträgliche gestiegen. Die heimischen Landwirte hätten die Zeche für die „Pleitegriechen“ zu zahlen.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) sagte, in Niederösterreich funktioniere die Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden im Großen und Ganzen sehr gut. Die Gemeinden seien der größte öffentliche Auftraggeber und ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor, ihre Investitionen seien aber weiter im Sinken. Umso wichtiger seien die Gemeindeförderungen.

– 8 –

he

Er merkte an, dass größere Transparenz von Nöten sei und brachte gemeinsam mit der Abgeordneten Krismer-Huber einen **Resolutionsantrag** betreffend Neustrukturierung des NÖ Gemeindeförderungsberichts ein.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) kritisierte u. a. die fehlende Prüfung des Rechnungsabschlusses durch den Landesrechnungshof; eine solche sollte vom Landtag verlangt werden, auch in den Gemeinden werde geprüft und das Kontrollorgan für den Rechnungsabschluss sei der Landesrechnungshof. Dazu brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Prüfung des Rechnungsabschlusses durch den Landesrechnungshof ein.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) hielt zum Förderbericht fest, dass Niederösterreich seine Hausaufgaben herausragend erledigt habe und hervorragende Europapolitik mache. Dafür, dass auch über die Förderperiode bis 2013 hinaus Fördermittel nach Niederösterreich fließen, würden sich sowohl Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll als auch EU-Abgeordnete Karin Kadenbach und EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn einsetzen. Abschließend sagte er, dass die SP im Zusammenhang mit dem Thema EU und Regionen in den kommenden Tagen einen geschäftsmäßigen Antrag einbringen werde.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) bezeichnete den Rechnungsabschluss 2010 als wichtige politische Entscheidungsgrundlage und Statusbericht, der einen Blick auf die aktuelle Situation im Land werfen lasse. Die aktuellen Zahlen ließen durchaus stolz auf Niederösterreich sein, beim Arbeitslosenrückgang liege Niederösterreich über den Bundesdurchschnitt und bei der Kaufkraft könne es die meisten Zugewinne verzeichnen. Niederösterreich habe immer noch ein AAA-Rating und stehe stabil und sicher da. Man habe sich durch schnelles und umsichtiges Handeln aus den Fesseln der Wirtschaftskrise befreit und in gewissen Bereichen während der Krise bewusst mehr Geld in die Hand genommen. Der Rechnungsabschluss sei der Beweis, dass Niederösterreich auf der Überholspur sei.

Der Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich wurde mit den Stimmen der VP mit Mehrheit angenommen, der dazugehörige Resolutionsantrag wurde abgelehnt. Der NÖ Gemeindeförderungsbericht 2010 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen, der dazugehörige Resolutionsantrag wurde abgelehnt. Der Bericht der Landesregierung über die Landesentwicklung sowie über die Tätigkeit der NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH 2010/2011 wurde mit Mehrheit zur Kenntnis genommen, der dazugehörige Resolutionsantrag wurde abgelehnt. Der Bericht der Landesregierung betreffend Leasingverbindlichkeiten und Schuldeinlösungen (Sonderfinanzierungsmodell Forderungskauf) des Landes sowie Darlehensaufnahmen der verschiedenen Fonds 2010 und der EU-Bericht 2010 - Bericht über die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes für das Jahr 2010 wurden mit Mehrheit zur Kenntnis genommen.

Abgeordnete Rene L o b n e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden gemäß Art. 15a B-VG über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2011)**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) hielt fest, dass ihre Fraktion dem Stabilitätspakt keine Zustimmung geben werde, da es sich hierbei um einen „viel zu engen Gürtel“ für die Gemeinden handle.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) meinte, dass der Kritik der Vorrednerin teilweise Recht zu geben sei, doch dass es auch Positives im Zusammenhang mit dem Stabilitätspakt gebe. Im Bezug auf den Belastungsstopp für Gemeinden bezeichnete er den Pflegefonds als ersten Schritt, weiters ging er hier auf die schulische Nachmittagsbetreuung ein.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) meinte, Schulden seien „verbrauchte Zukunft“, weshalb der Stabilitätspakt für Österreich einen besonderen Stellenwert habe. Es werde immer wichtiger zu sparen, damit in wirtschaftlich schwierigen Zeiten genügend Budgetspielraum zum Gegensteuern zur Verfügung stehe. Um den Wohlstand nachhaltig zu sichern, sei ein schärferer Stabilitätspakt notwendig. Im Rahmen des neuen Stabilitätspaktes hätten Bund und Länder den Gemeinden schriftlich versichert, dass keine zusätzlichen Aufgaben auf die Kommunen zukommen würden.

Der Antrag wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der Grünen angenommen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) berichtete zu Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **Verhinderung einer europäischen Transferunion**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sprach sich gegen eine „Transferunion“ auf europäischer Ebene aus. Niederösterreich als größtes Bundesland und seine Bürger würden für Griechenland mitzahlen müssen, weshalb sich auch der Landtag mit diesem Thema zu beschäftigen habe. Niederösterreich können sich den Euro-Rettungsschirm und die Rettungsaktionen für Griechenland, Portugal und Spanien nicht mehr leisten.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, simple Parolen würden in einer komplizierten Welt leicht großen Anklang in der Bevölkerung finden, weshalb eine sinnvolle politische Argumentation auch so schwierig sei. Hätten die USA nach 1945 Österreich nicht geholfen, wäre unser Land bzw. Europa aus diesem selbstverschuldeten Schaden nicht so schnell herausgekommen. Auch für Griechenland sei diese Solidarität nun notwendig, wobei sowohl besonders reiche Griechen als auch die breite Masse belastet werden müssen, um aus diesen Problemen heraus zu kommen. Zu dieser europäischen Solidarität müsse Österreich „Ja“ sagen, denn Österreich könne einmal in eine schwierige Situation kommen und Hilfe benötigen.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) informierte über die Griechenland-Hilfe und die Folgen einer Staatspleite für Europa. Überdies werde Griechenland versuchen, den größten Teil der Hilfe zurückzuzahlen und die Kreditvergabe sei an strenge Kriterien gebunden worden.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) sagte, die Situation in Griechenland sei ernst und nicht einfach zu lösen. Es gebe aber eine gemeinsame Verantwortung aller europäischer Völker, den Euro stabil zu halten. Überdies werde eine eigene europäische Rating-Agentur und eine Stabilisierung der Finanzhaushalte immer notwendiger.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) meinte, die Grundidee der EU sei ein Friedensprojekt zu verwirklichen und nicht die gegenseitige Misswirtschaft auszugleichen. Die jetzige Hilfe stehe im Gegensatz zu den Maastricht-Kriterien.

Der auf Ablehnung lautende Ausschuss-Antrag wurde mit den Stimmen von Grünen, VP und SP angenommen.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2005 (NÖ EIWG 2005)**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) eröffnete die Debatte: Das Gesetz sei höchst umstritten. Es gehe einerseits um den Schutz der Privatsphäre, andererseits sei ein intelligentes Stromnetz ohne Endverbraucher nicht machbar. Ihre Fraktion werde – „mit Bauchweh“ – zustimmen.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) berichtete von den Zielen einer Festlegung von Mindestnormen für Verbraucher- und Umweltschutz. Zusätzlich werde auch der Zugang zum Elektrizitätsnetz für erneuerbare Energie ermöglicht. Nur, wenn Österreich wieder Nettoexportstromlieferant werde, sei komplett atomfreier Strom möglich.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) hielt fest, die Ansätze zur Gesetzesänderung seien zwar positiv, Energiearmut dürfe aber in Niederösterreich keinen Platz haben. Ein **Resolutionsantrag** fordert die Einführung von Sozialstromtarifen.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) betonte, man müsse den Stromverbrauch drastisch ändern. Energiesparen sei das Gebot der Zukunft. Darum gehe es auch im Elektrizitätswesengesetz, das zudem die Verbraucherrechte stärke. Die Novelle helfe überdies, erneuerbare Energie besser umzusetzen. Heute sei ein guter Tag für die Bürger, die Energieeffizienz und die erneuerbare Energie.

Bei der folgenden Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen, der Resolutionsantrag blieb in der Minderheit.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landesberufsschule Waldegg, Schülerheimneubau, Neubau von Klassen- und Servierräumen und Turnsaalneubau.**

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) eröffnete die Debatte: Wie die Untersuchungen gezeigt hätten, sei eine Generalsanierung der Landesberufsschule Waldegg nicht zweckmäßig, ein Neu- bzw. Umbau in drei Etappen daher zielführender.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) sagte, die Berufsschule habe einen hervorragenden Ruf. Gerade im Tourismusbereich gebe es aber einiges aufzuholen, wofür die beste Infrastruktur eine gute Investition sei.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) betonte, dass Niederösterreich gerade im berufsbildenden Bereich nicht mit Investitionen geize. Der heutige Beschluss mit Investitionen von 21 Millionen Euro sei eine weitere Sternstunde der Bildung in Niederösterreich. In ganz Niederösterreich werde in diesem Segment von den Pädagogen hervorragende Arbeit geleistet.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Findeis, Waldhäusl u. a. gem. § 34 LGO 2001 **betreffend Freiwilligentätigkeit.**

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G), brachte einen **Resolutionsantrag** ein, der über den ihrer Meinung nach „zu verwaschenen Antrag“ des Ausschusses zur Freiwilligentätigkeit hinausgehen soll.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) merkte an, dass die Freiwilligenorganisationen auch mit diversen Problemen zu kämpfen hätten und forderte u. a. die Aufstockung der Finanzmittel oder die Befreiung von Mineralölsteuer, GIS etc. Er kritisierte, dass der Freiwilligenfonds lediglich mit 200.000 Euro dotiert sei.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, dass dem Freiwilligenwesen heuer so große Aufmerksamkeit gewidmet werde. Er kritisierte, dass hinsichtlich steuerlicher Absetzbarkeit auf eine Steuerreform des Bundes gewartet werden solle und brachte in der Folge einen bereits vor längerer Zeit von der SP eingebrachten **Antrag** noch einmal ein.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) bezeichnete Niederösterreich als Land der Freiwilligen und sagte, dass es zwar viele Wünsche gebe, doch man sich auch fragen müsse, wer deren Realisierung bezahlen solle. Seine Fraktion werde hier nicht zustimmen.

Der Zusatzantrag wurde abgelehnt, bei einer getrennten Abstimmung wurde der Antrag mit Mehrheit angenommen. Der Resolutionsantrag der Grünen wurde abgelehnt.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **chemische Kastration von Sexualstraftätern**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte zu diesem Tagesordnungspunkt, dass es sich oftmals um Wiederholungstaten handle, eine Heilung unmöglich sei und die Krankheit der Täter behandelt werden müsse. Wenn ein Gericht einen Täter zu „Lebenslang“ verurteilt habe, müsse dessen Gefangenschaft auch bis zum Eintritt des natürlichen Todes währen. Abschließend meinte er, dass die chemische Kastration in vielen europäischen Staaten bereits eingeführt sei.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, dass seine Fraktion der österreichischen Justiz teilweise skeptisch gegenüberstehe, dass jedoch die Fachleute für diese Thematik nicht bei der FP zu sehen seien.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) sagte, dass Opferschutz auch Anliegen ihrer Partei sei, es sich hier jedoch um eine sehr schwierige Materie handle. Laut ExpertInnen könne Kastration nur das letzte Mittel sein. Das Strafausmaß für Sexualstraftäter be-

zeichnete sie als „etwas schief“, doch liege dies im Aufgabenbereich der Justizministerin. Ihre Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Abgeordneter Dr. Martin **M i c h a l i t s c h** (VP) betonte, dass seine Fraktion Vertrauen in die Strafrechtspflege sowie in die Diskussion auf Bundesebene habe. Auch bei der VP käme Opferschutz vor Täterschutz. Er merkte weiters an, dass es in diesem Zusammenhang bereits eine Verschärfung der Maßnahmen gegeben habe und jeglicher empirischer Nachweis fehle.

Der auf Ablehnung lautende Antrag wurde angenommen.

Die beiden folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Hans Stefan **H i n t n e r**, VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Gleichbehandlung von Schulen in freier Trägerschaft hinsichtlich der Abdeckung der Lehrergehaltskosten.**
- **Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über den Ausbau der ganztägigen Schulformen.**

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) zeigte sich froh über den gemeinsamen Antrag, die Gleichstellung der Schulen sei ein langgehegter Wunsch der Grünen. In den freien Schulen werde gute Arbeit geleistet und diese Schulen seien von viel Idealismus geprägt. Hier könnten Dinge ins Regelschulwesen bzw. in die öffentlichen Schulen übernommen werden. Kritik übte er an der momentanen Unterrichtsform und bezeichnete eine so genannte verschränkte Unterrichtsform als sinnvoller. Die Beschäftigung von FreizeitpädagogInnen könne nicht die Lösung sein, er trete für eine ganztägige Schulform anstatt für eine Nachmittagsbetreuung ein.

Abgeordneter Ing. Franz **G r a t z e r** (SP) meinte, dass seine Fraktion kein Problem damit habe, der Regelung zuzustimmen und betonte, dass – vor allem im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – die ganztägigen Schulformen immer wichtiger würden.

Abgeordnete Erika **A d e n s a m e r** (VP) meinte, dass dieses Thema ihr stets ein Anliegen gewesen sei und sie dem Antrag auch persönlich beitreten werde. Sie meinte, die 15a-Vereinbarung über den Ausbau der ganztägigen Schulformen sei notwendig für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine hohe Betreuungsqualität und eine sinnvolle Freizeitgestaltung bis 16 Uhr werde in Zukunft vom Bund finanziert. Seit dem Jahr 2007 gebe es eine Nachmittagsbetreuung in Kindergärten und Grundschulen, die vom Land Niederösterreich finanziell unterstützt werde. Abschließend sprach die Abge-

ordnete den Lehrerinnen und Lehrern Dank und Anerkennung für ihre erbrachten Leistungen aus.

Der Antrag betreffend Gleichbehandlung von Schulen in freier Trägerschaft hinsichtlich der Abdeckung der Lehrergehaltskosten wurde einstimmig angenommen, der Antrag betreffend Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über den Ausbau der ganztägigen Schulformen wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der Grünen angenommen.

Abgeordneter Anton **K a s s e r** (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung der NÖ Landarbeitsordnung 1973**, zu einem Antrag der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Kernstock u. a. mit Gesetzentwurf gem. § 34 LGO 2001 betreffend **Änderung des NÖ Antidiskriminierungsgesetzes (NÖ ADG)** und zum Antrag der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Kernstock u. a. mit Gesetzentwurf gem. § 34 LGO 2001 betreffend **Änderung des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes**.

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Martin **H u b e r** (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Razborcan, Königsberger u. a. gemäß § 34 LGO 2001 betreffend **Maßnahmen für mehr Sicherheit bei Schülertransporten**.

Abgeordneter Erich **K ö n i g s b e r g e r** (FP) meinte, bei der Sicherheit der Kinder in den Kindergärten und Schulen dürfe Geld keine Rolle spielen. Kinder müssten dabei immer ordnungsgemäß gesichert werden, worauf auch der Gesetzgeber in einer eigenen Novelle zu reagieren habe.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) erinnerte an einen gemeinsamen Antrag des NÖ Landtages aus dem Jahr 2007, worin gefordert werde, jedem Kind seinen eigenen Sitzplatz zuzuordnen. Im Jahr 2009 habe ein Antrag von SP und Grüne das gleiche Thema behandelt und eine Änderung des Kraftfahrzeuggesetzes gefordert. Leider habe sich bis heute in dieser Gesetzesmaterie auf Bundesebene nichts verbessert. Die Sicherheit der Kinder müsse immer im Vordergrund stehen und durch entsprechende Gesetze gewährleistet werden.

Abgeordneter Herbert **T h u m p s e r** (SP) meinte, seine Fraktion werde alles unternehmen, damit die Sicherheit der Kinder und Jugendlichen in den Schulbussen gewährleistet werde. Die Erwachsenen sollten den Kindern in Sicherheitsfragen immer ein Vorbild sein, auch bei Schülertransporten. Überdies seien die Schulkinder von heute die Fahrgäste von morgen in den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) sagte, in dieser Frage sollten sich die Erwachsenen in die Lage der Kinder versetzen. Die gesetzliche Änderung auf Bundesebene sei notwendig, besonders im Interesse unserer Kinder.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Maier, Königsberger u. a. gem. § 34 LGO 2001 betreffend **4-spuriger Ausbau der B 210 zwischen dem Ortsgebiet Tribuswinkel und der Kreuzung mit der Haidhofstraße in Baden.**

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte, dabei müsse ein Nadelöhr beseitigt werden, das Projekt sei bereits im Bauprogramm des Landes fixiert worden.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) erklärte, der vorliegende Antrag gehöre nicht in den Landtag. Dabei unternahm die Abgeordnete einen Rückblick über die Entwicklung dieses Straßenbauprojektes in den Stadtgemeinden Traiskirchen und Baden.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) sagte, eine Diskussion über jede neue Straße und jeden Kreisverkehr habe im Landtag nichts zu suchen. Dieses Projekt werde seit fünf Jahren in den Gemeinderäten in Baden und Traiskirchen behandelt und diskutiert.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) meinte, im Zusammenhang mit diesem Projekt bringe der neue Autobahnanschluss Baden – Bad Vöslau sicher einen Vorteil für die Autofahrer.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung der NÖ Bauordnung 1996.**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, die NÖ Bauordnung sei bei den Novellen im Jahr 2010 und im März 2011 verändert worden. Dies dürfte aber leider zu keiner Verfahrensvereinfachung für Gemeinden und Bürger geführt haben. Die Aufschließungsabgabe im ländlichen Raum sei nicht administrierbar. Das habe mit Verwaltungsvereinfachung nichts zu tun, der Stand von 2010 sei „gar nicht so schlecht“ gewesen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte zur Novelle der Bauordnung, die Politik reagiere rasch und bürgernah. Politik heiße, im Sinne der Bevölkerung zu verändern.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) sagte, allzu rasche Veränderungsentscheidungen seien der Sache nicht dienlich. Der Antrag sei bloß einige Stunden alt, zudem

handle es sich um eine eklatante Ungleichbehandlung der Bürger. Er stellte einen Antrag auf getrennte Abstimmung.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) meinte, es gehe um eine Entlastung der Gemeinden und Verwaltungsvereinfachungen für die Bürger. Zudem müsste man auch das Wohl der Landwirtschaft im Auge behalten. Es dürfe nicht plötzlich zwei Sorten von Landwirten geben.

Bei der folgenden Abstimmung wurde die Vorlage der Landesregierung als Ganzes gegen die Stimmen der Grünen mit Mehrheit, der getrennt abgestimmte Punkt mit VP/FP-Mehrheit angenommen.

Abschließend sprach Präsident Ing. Hans P e n z (VP) von arbeitsintensiven Wochen, für welche die letzte Sitzung vor dem Sommer ein guter Beleg sei. Maßstab für politisches Handeln müsse sein, Standpunkte so einzubringen, demokratisch zu diskutieren und zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen, dass die Bürger verstünden, dass es ihre Anliegen seien, die hier verhandelt würden. Der NÖ Landtag stehe für einen breiten Konsens und parlamentarisches Miteinander, getragen von gegenseitigem Respekt und dem Willen zur Zusammenarbeit. Politische Verantwortung heiße, tragfähige Lösungen anzustreben. Länderparlamente stünden für mehr Selbstbestimmung, Bürgernähe und Wettbewerb.

*Schluss der Sitzung!*